

Laibacher Zeitung.



Nr. 78.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstaltung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 6. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr.,
2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr.,
3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1866.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben den k. k. Freigattencapitän Gustav Ritter von Gröbller auf sein eigenes Ansuchen von der aufhabenden Dienstbestimmung als Vorstand der ersten Abtheilung der Marine-sektion des Kriegsministeriums zu entheben und dessen Einrückung zum aktiven Seedienste allergnädigst zu bestimmen und gleichzeitig an dessen Stelle den k. k. Freigattencapitän Johann Pelzl zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberlieutenant im Prinz Karl von Preußen 8. Kürassierregimente Wenzel Freiherrn Roz von Dobrz die k. k. Kämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. März d. J. dem Pfarrer zu Vaja Gabriel Latinovics die Titularpropstei Sancti Stephani de Keo ad Tibiscum allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 4. April 1866 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.
Dasselbe enthält unter
Nr. 39 den Erlaß des Finanzministeriums vom 2. April 1866, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Pferden; gültig für alle Länder des allgemeinen österreichischen Zollgebietes.
Somit k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 6. April.

Die Tagesfrage ist bis heute noch um keinen Schritt ihrer Lösung näher gerückt und es dürfte eine entscheidende Wendung vor Beantwortung der bekannten Note des Grafen Karolyi an den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck auch schwerlich zu erwarten sein. Die Aufnahme, welche dieses Aktenstück allerorts gefunden hat, wird übrigens als eine entschieden günstige bezeichnet, und man ist geneigt, darin ein Symptom für die Fortdauer des Friedens zu erblicken, da die Note einen durchaus antikrieglerischen Ton einhält. Zum Kriege drängt, wie nun alle Welt weiß und auch schon offen erklärt, wohl niemand anderer als das Berliner Kabinet, welches übrigens gut daran thäte, die seit den letzten Jahren bei dem preussischen Volke ohnedies zumeist eingebüßten Sympathien nicht vollends zu verschmerzen. Daß aber ein preussisch-österreichischer Krieg nichts weniger als populär wäre, dafür liegen Manifestationen zur Genüge vor, und von einer der eklatantesten berichtet man nun, indem in den westlichen Provinzen von Preußen die insbesondere in Berlin lebhaften Anklang findende Idee angeregt worden sei, aus allen Theilen der Monarchie und unter Theilnahme aller Kreise direkte Bitten an den König um Erhaltung des Friedens zu richten.

Und wie verhält sich dem Allen gegenüber die Regierung Preußens? Man rüstet und rüstet und versichert uns, die Rüstungen hätten einen rein defensiven Charakter; wo liegt denn aber die Gefahr, der gegenüber die Nothwendigkeit der Vertheidigung eintritt? wo ist der imaginäre Angreifer, gegen den man sich wappnet? Man könnte wahrlich an den possirlichen Windmühlkampf des tugendfesten Ritters Don Quixote erinnern werden, wenn nicht der Hintergrund die Situation klarer hervortreten ließe.

Die Meldung der „Zeidl. Corresp.“, daß General v. Manteuffel die Mission erhalten habe, zu konstatiren, wie weit die österreichischen Behörden die Rechtsvoraussetzungen der Gasteiner Konvention und des Wiener Friedens achten — gibt der Vermuthung Raum, als wolle man wieder auf eine Interpretation der Bestimmungen dieser Verträge zurückgreifen. Die Sache kommt bei der politischen Journalistik sehr übel davon. Die „Destr. Ztg.“ sagt über diese „landesüblich ungenirten Mäuren“:

„Wir würden auch diesmal ihrer gar nicht Erwähnung thun, wenn es uns nicht scheinen wölte, als sehe man sich jetzt eben in Holstein nach jenem casus belli um, den man so nöthig braucht, wie das liebe Brot. Die Weigerung Oesterreichs, die preussischen Minimalforderungen für das Definitivum pure zu akzeptiren, kann man nicht füglich dazu stempeln, nachdem diese Weigerung schon ein volles Jahr alt geworden und

das Definitivum seitdem gar nicht mehr in Frage gekommen ist; es bleibt also nur der „preußenfeindliche“ Charakter des Provisoriums, in Verbindung mit den „bedrohlichen“ Rüstungen Oesterreichs.

„Freilich ist vor allen Dingen gar nicht abzusehen, in welche bedrohliche Verbindung die österreichische Ausfuhrung des Gasteiner Vertrages mit den österreichischen Rüstungen selbst dann gebracht werden könnte, wenn die Ordre de bataille etwas anderes wäre, als ein kolossaler Mythos und wenn statt der einzigen Brigade Kalik eine ganze österreichische Armee in Holstein stände. Man vergegenwärtige sich denn doch, wie eigentlich die Sachen liegen. Oesterreich hat nicht das Mindeste gegen diejenige Interpretation eingewendet, welche Preußen in Schleswig dem Gasteiner Vertrage angeheben läßt: sollte es Preußen etwa angreifen wollen, um es zu zwingen, in einer Interpretation zu verharren, die es gar nicht ansieht? Oesterreich hat nur behauptet, daß es mit derjenigen Interpretation, welche es seinerseits in Holstein dem Gasteiner Vertrage zu Theil werden läßt und welche sicher nicht weniger tadellos doktrinal ist, wie die preussische in Schleswig, vollständig auf dem Boden dieses Vertrages steht: sollte es zum Angriff gegen Preußen schreiten, um die Berechtigung seiner Interpretation zur akademischen Anerkennung zu bringen? Oesterreich fordert von Preußen Nichts, und es sollte rüsten, um Forderungen zu unterstützen, die es gar nicht stellt?

„Das Karnickel Oesterreich — das ist die einfache Moral des preussischen Vorgehens — das Karnickel hat nicht „angefangen,“ aber das Karnickel thut etwas noch weit Schlimmeres, und das ist, daß es absolut nicht „anfangen“ will. Inde irae!“

Oesterreich.

Wien, 4. April.

¶ Wenn die Befürchtungen eines Krieges in den letzten achtundvierzig Stunden überhaupt noch einer Steigerung fähig gewesen sind, so ist dieselbe bis heute Mittag unbedingt eingetreten. Ich habe Ihren Lesern bereits in meinem letzten Schreiben angedeutet, mit welcher entschiedener Zweifelsucht die in dem Privatverkehr der Effektensozietät vom Montag aufgetauchte Version über eine vermittelnde Mission des Herzogs von Koburg hier ganz allgemein angenommen wurde. Dieser Skeptizismus zeigte sich als ein nur zu sehr berechtigter. Nicht viel besser erging es einem an der gestrigen hiesigen Abendbörse zirkulirenden Gerüchte, nach welchem der österreichische Generalkonsul in Berlin, allerdings nicht als solcher, sondern nur als Privatmann, gegen mehrere Bankiers in gleichlautender Weise versichert haben soll, daß er nach seinen besten Informationen den Frieden nicht für gefährdet halte. Diese Mittheilung wurde einfach für apokryph gehalten.

Die wenigen Gläubigen, welche diese beiden Mittheilungen fanden, wurden theils durch die in Aussicht gestellten Rüstungen in Baiern, theils durch die gestrige Bemerkung der „Wiener Abendpost“ bezüglich der österreichischen Depesche vom 31. v. M., theils durch das in der heutigen „Wiener Zeitung“ erschienene Pferde-Ausfuhr-Verbot und endlich das Extrait einer preussischen Zirkular-Depesche an die nicht deutschen Großmächte, worin offen die Besorgniß ausgedrückt wird, Preußen werde nach der Lage der Dinge kaum vermeiden können, durch die dem drohenden Angriffe Oesterreichs zuvorkommende Eröffnung der Feindseligkeiten den Schein der Aggression auf sich zu laden, vollkommen wieder entmuthiget. Die Journale haben heute vorläufig die Rubrik „Rüstungsnachrichten“ eröffnet. Alle Welt gewöhnt sich nach und nach daran, so schwer es ihr auch fallen mag, diese stehende Rubrik als den Vorläufer einer andern, der — „Vom Kriegsschauplatz,“ anzusehen.

Die heute Mittag von Sr. Majestät dem Kaiser auf dem großen Exercierplatze abgehaltene Revue über die dienstfreie Garnison der Residenz war von dem herrlichsten Wetter begünstiget. Man will einen ganz ungewöhnlichen Andrang des Publikums zu diesem herrlichen militärischen Schauspiel bemerkt haben. Se. Majestät der Kaiser, welcher, umgeben von den Prinzen des kaiserlichen Hauses und gefolgt von einer glänzenden Suite, die kaiserliche Hofburg an der Bellaria verließ, wurde von einer unabhärbaren Menschenmenge in geradezu demonstrativer Weise begrüßt.

Die traurige Katastrophe in der Familie des bekannten Herausgebers der ersten Wiener Lithographirten

Korrespondenz, Franz Tuvora, bildet noch immer den Mittelpunkt der Konversation. Die Journale haben bereits angedeutet, daß die Motive der unglückseligen That in den zerrütteten Vermögensverhältnissen und einer erdrückenden Schuldenlast des Selbstmörders zu vermuthen seien. Es wird dem nun noch hinzugefügt, daß diese Schuldenlast ihren Ursprung zum großen Theile in den Vorschüssen nahm, welche die Teilnehmer an den von Franz Tuvora arrangirten Vergnügungszügen nach Paris, Rom und Egypten dem Arrangeur im vorhinein erlegten, welche aber von diesem zumeist zu anderen Zwecken verwendet wurden. Man erinnert sich nun, daß bereits die erste von Franz Tuvora arrangirte Gesellschaftsfahrt ein so trauriges Ende nahm, da der Unternehmer mit Eisenbahngesellschaften und Hoteliers statt für die Hin- und Rückfahrt nur für die Hinfahrt affordirt hatte und die Passagiere, was die Rückfahrt anbelangte, obwohl sie für selbe bezahlt hatten, ihrem Schicksale überließ. Nicht besser endete eine Fahrt nach Rom, bei welcher die kostenfreie Rückfahrt der Passagiere nur durch die Intervention der hiesigen Munitatur ermöglicht wurde. Es muß nur den vielfältigen Verbindungen Franz Tuvora's in hiesigen journalistischen Kreisen und dessen eigenem gewinnenden Wesen zugeschrieben werden, daß diese Dinge nicht bereits früher eskalirten. Franz Tuvora selbst wird im Uebrigen als ein sehr fleißiger und unternehmender Mann von allen Seiten geschildert.

Wien, 4. April. In hiesigen politischen Kreisen zweifelt man nicht daran, daß die preussische Regierung unter dem aufrechterhaltenen Vorwand, das Land sei durch Oesterreich bedroht, eine sogenannte militärische Sicherheitsmaßregel treffen, daß heißt, einen außerhalb Preußens gelegenen strategischen Punkt besetzen werde. In Oesterreich würde ein solcher Schritt als Kriegsfall behandelt und der Eingriff Preußens mit Waffengewalt zurückgewiesen werden. (M. Fröbl.)

— 4. April. Es wird gemeldet, daß Baron Sennhey gestern hier eingetroffen ist, und eine Lokal-korrespondenz, auf deren Autorität freilich nicht viel zu geben ist, will sogar wissen, daß der Herr Tavernikus bereits in einer Privataudienz von Sr. Majestät empfangen worden wäre. So viel wir vernehmen, dürfte der gegenwärtige Aufenthalt des Barons Sennhey mit der Frage in Zusammenhang stehen, wie zwischen der 52er Kommission des ungarischen Deputirtenhauses und der Regierung ein unmittelbarer geschäftlicher Verkehr, etwa durch Ernennung von Landtagskommissären ad hoc oder dergl. hergestellt werden könne. Wir geben diese Nachrichten, wie sie uns in dem Augenblicke zukommen, und enthalten uns noch einstweilen bezüglich ihres meritorischen Inhaltes jeder weiteren Bemerkung. (Deb.)

— 4. April. Mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre, fahren die Berliner ministeriellen Organe fort, gestützt auf angeblich von verschiedenen Orten ihnen zugehende Berichte, ihre Leser mit dem Märchen von österreichischen Urlaubern, die zu ihren Regimentern einrücken, zu unterhalten. Wir sind in der Lage, mit aller Bestimmtheit zu versichern, daß österreichischerseits eine Einberufung der beurlaubten Mannschaften bisher nirgends stattgefunden hat. (Abdpsf.)

— 4. April. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Sprache und Form der Note des Grafen Karolyi entspreche vollkommen dem Ernst der heutigen Situation. Gemessen, bündig, feierlich, in jedem Worte Sinn und Bedeutung genau abgewogen — so mache diese Note durchaus den Eindruck einer letzten Friedensmahnung, ohne jedoch der Würde und dem Selbstbewußtsein der österreichischen Großmacht etwas zu vergeben. Das „Fremdenblatt“ ist überzeugt, daß der Inhalt dieser Note nicht verfehlen wird, in allen politischen Kreisen Deutschlands und Europa's eine günstige Wirkung hervorzu- bringen; ob auch an jenem Orte, wo eine solche Wirkung sich zunächst äußern sollte, darüber wagt das Blatt keine Vermuthung auszusprechen. Das „Neue Fremdenblatt“ spricht sich dahin aus, das Wiener Kabinet habe wohl gethan, durch die am 31. März in Berlin überreichte feierliche Note sich und der Welt über die Lösung des schwebenden Streites in kürzester Frist Gewißheit zu verschaffen. Jetzt sei die Sache Oesterreichs von ganz Europa, von Fürsten und Völkern als eine gerechte anerkannt, und wenn auch die Mächte nicht materiell mitwirken, so sei doch die moralische Unterstützung in ihrer Wirkung nicht gering zu achten.

Aus Linz, 2. April, wird der „N. Fr. Pr.“ geschrieben: Vor kurzer Zeit machte durch die Journale die Nachricht die Runde, daß im Justizministerium beschloffen sei, vorläufig — vor definitiver Freigabe der Advokatur, welche natürlich nur im verfassungsmäßigen Wege erfolgen könne — allen Bewerbern, welche ihre Qualifikation nachzuweisen vermögen, Advokatenstellen zu verleihen. In Ihrem gestrigen Blatte ließ sich eine Stimme aus Innsbruck vernehmen, welche geeignet ist, die rosigten Hoffnungen der Aspiranten auf derlei Stellen einigermaßen zu dämpfen. Ich kann ebenfalls mit voller Bestimmtheit bestätigen, daß jene Nachricht eine irrige war. Ein hiesiger Advokat erhielt vor Kurzem aus Wien von befreundeter und maßgebender Hand ein Schreiben, aus welchem hervorgeht, daß man nicht daran denkt, die Advokatur freizugeben, daß der Justizminister der Freigabe derselben prinzipiell abhold und daher auch keineswegs geneigt ist, einstweilen die Advokatenstellen in der oben angegebenen freigebigen Weise zu vermehren.

Prag, 1. April. Die Disziplinaruntersuchung gegen den Polizei-Oberkommissar Chlebecel in Prag ist nun beendet; derselbe wurde der Leitung des Kleinseitner Polizeikommissariats enthoben und mit Gehaltsverminderung zur Polizeidirektion übersetzt.

Ausland.

Berlin, 31. März. Der „N. A. Ztg.“ wird geschrieben: Die bereits in den ersten Tagen dieser Woche angeordnete Armirung der schlesischen und der sächsischen Festungen ist gewiß eine sehr ernste Maßregel, und was die gleichzeitig versügte Ausrüstung und Montirung mehrerer Feldartillerieregimenter, so wie die Formirung zweier Munitionskolonnen betrifft, so läßt sich allerdings nicht in Abrede stellen, daß dadurch einer eventuellen Mobilmachung der ganzen Armee wesentlich vorgearbeitet worden ist. Im Zusammenhang mit der sehr beschränkten Einziehung der Reservisten für nur ein Armeekorps (das schlesische), die vier neuen Garde-Infanterieregimenter (Berlin, Potsdam, Spandau und Danzig), die Infanterieregimenter der 5. (Frankfurt a. d. O.), 7. (Magdeburg) und 9. (Glogau) Division und für das vierte thüringische Infanterieregiment 72 gewinnt jene Maßregel indeß doch bloß den Charakter einer lediglich militärischen Demonstration, die im Publikum ganz den Eindruck macht, als ob an höchster Stelle hinsichtlich der schließlichen Entscheidung noch ein gewisses Abwarten beobachtet werde. Daß es sich übrigens bei dem Vorgehen der preussischen Politik jetzt wirklich, wie ich schon vor mehreren Tagen andeutete, um die Herbeiführung eines definitivums in den Herzogthümern handelt, wird heute auch von der „Kreuzzeitung“ bestätigt, indem sie sogar offen einräumt, daß man hier die Lösung der Herzogthümerfrage nur als Mittel benutzen wolle, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen und Preußen an des letztern Spitze zu bringen. Wie man das möglich machen will, ohne für eine so große Aufgabe die Sympathien der eigenen Bevölkerung gewonnen zu haben, gegen den erklärten Willen der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes und ohne einen Bundesgenossen außer Italien, ist ein großes Räthsel. Jedenfalls ist die Thatsache zu registriren, daß sich außer dem neupreussischen Lager bis jetzt noch keine Stimme zu Gunsten eines Krieges gegen Oesterreich erhoben hat, daß selbst die Adressen der sogenannten Konservativen und Königstreuen es gestilltlich vermeiden, diesen Punkt zu berühren, während in zahlreichen Volksversammlungen auf das eindringlichste für die Erhaltung des Friedens gewirkt wird. Solche Bestrebungen fallen zwar nach der Anschauung der „Kreuzzeitung“ unter den Begriff des „Hochverrathes“; aber bis jetzt ist es denn doch noch keinem Staatsanwalt eingefallen, diese Friedensapostel unter Anklage zu stellen. Es sind vielmehr den friedlichen Manifestationen der Massen bisher nirgends von der Polizei auch nur die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden. Nur bei Gelegenheit einer in Riesenburg (Kreis Rosenburg) abgehaltenen Versammlung waren außergewöhnliche militärische Maßregeln ergriffen worden, und als der Abg. v. Hennig dort den Versuch machte, die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses von seinem Standpunkt zu beleuchten, wurde die Versammlung auf Veranlassung des anwesenden stellvertretenden Landrathes polizeilich aufgelöst, weil dieser in einigen Aeußerungen des Abgeordneten den Versuch erblickt hatte, Haß und Berachtung gegen die Staatsregierung zu erregen. — Den Zeitungsredaktionen in den Provinzen Sachsen und Schlesiens ist aufgegeben worden, sich jeder Mittheilung über militärische Maßregeln zu enthalten.

Paris, 31. März. Es geht dem französischen Verstand wie es demaltem der deutschen Vernunft zu ergeben scheint. Eine so tolle Entmuthigung in einer so gänzlich haltlosen Unsicherheit sah ich nicht vor dem Krimkrieg und nicht vor dem italienischen Krieg. Ist es Instinkt, Ahnung, Vorgefühl oder einfach Berrücktheit? Am meisten beschäftigt man sich mit Italien, nicht wegen eines etwaigen Bismarck'schen Putzsches der Florentiner Regierung oder der Aktionspartei, sondern wegen des schweren Geldes, das man unwiederbringlich daran verliert. Die unterrichteten Kreise wissen, daß

die Italiener sich an dem Festungsviereck nicht die Köpfe einrennen und auch nicht die 40.000 Oesterreicher an sich herankommen lassen werden. Sollte die italienische Revolution sich für Bismarck schlagen wollen, so wird die französische Regierung sich wie bei Aspromonte verhalten und mit der Nothwehr Oesterreichs sympathisiren. Wenn Graf Bismarck nicht das Geld zu einem italienischen Putzsch liefert, so kann derselbe nur zu einer Zahlungseinstellung auf Kosten der Franzosen führen. Baron S. v. Rothschild gibt dazu kein Geld her, indem er, wie Dingelstedt singt, „Kriegeslustigen Herren nicht sogleich sein schönes Geld borgt.“ Als ihm vor wenigen Tagen von einem italienischen Ansehen gesprochen wurde, brach er die Unterredung sofort durch Aufstellung unmöglicher Bedingungen ab. Wenn der Kurs bekannt wird, auf welchen Rothschild die italienische Rente schätzt, wird man den heutigen Kurs derselben noch glänzend und übertrieben finden. (N. A. Ztg.)

London, 31. März. Auch die englische Presse beschäftigt sich selbstverständlich Tag für Tag mit der traurigen Lage Deutschlands, ohne jedoch etwas Neues darüber sagen zu können. Bemerkenswerth ist nur ihr einmüthiges Dringen auf strenge Neutralität Englands, wenn es wirklich zum Kriege kommen sollte. Indessen da auch die Engländer einsehen daß der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen unvermeidlich zu einem allgemeinen deutschen und dann fast ebenso unvermeidlich zu einem festländisch-europäischen ausschlagen müßte, so würde trotz alles Widerstrebens England wohl ebenfalls mit hineingezogen werden, wie in solchen Fällen noch jedesmal. Der „Star“ bemerkt: „... Wenn Oesterreich und Preußen gegen einander das Schwert zücken, so geschieht es sicherlich nicht bloß wegen Schleswig-Holsteins. Es gilt dann der Oberherrschschaft über Deutschland. Einem solchen Kampfe de imperio haben die Dinge seit lange zugestrebte. „Zwei Sterne können sich nicht in einer Sphäre bewegen.“ Bismarck hebt vor der Tragweite seines Würfelwurfs sicherlich nicht zurück. Die ihn am besten kennen, und am meisten haßen, schreiben ihm doch dieses Attribut der Größe zu, daß sein Muth steigt im Verhältniß zur Gefahr der Lage. Seine Schicksalsstunde ist nun gekommen: Der Triumph seines Rathes bedeutet den europäischen Krieg; das Wiedereinlenken zu einer Friedenspolitik seinen Sturz.“

Mexico, 28. Februar. Ihre Majestäten befinden sich seit den 24. d. M. in der Hauptstadt. Gestern fand die Leichenfeier für den am 23. d. M. verstorbenen Staatsrath, Kommandeur der Ehrenlegion, Herrn Langlais, mit großem Pompe in der Kathedrale der Hauptstadt statt. Es war dem großen Finanzmann nicht gegönnt, seine Reformen Früchte tragen zu sehen. Herr Maintenant, welcher als große Kapazität im Finanzfache einer der ersten Mitarbeiter des Verstorbenen war, wird die Finanzleitung übernehmen. — Nachrichten von der Nordgrenze zufolge werden die amerikanischen Truppen in großer Anzahl entlassen. Das in Texas stehende Korps soll auf 2500 Mann vermindert werden. In Brazos sind acht Transportdampfer angekommen, um die verabschiedeten Soldaten der Union aufzunehmen. Die Regierung von Washington gedenkt an der Linie des Rio grande künftighin wieder Detachements regulärer Truppen aufzustellen, wie dies vor dem Bürgerkriege der Fall war. Der in Brazos versammelte Gerichtshof, welcher die Affaire von Bagdad untersucht, ist ein Beweis, daß die Union den Verdacht abwälzen will, als hätte dieser Vorfall ihre Billigung erhalten. Durch die Entlassung des Generals Weigel, der durch Oberst Brown ersetzt wurde, ist die Aufrechterhaltung strenger Neutralität garantiert.

Ueber die Vorschußabtheilung des allgemeinen Beamtenvereines.

(Schluß.)

Die Geschäftsgebarung der Vorschußkonfortien ist der autonomen Verwaltung der Konfortialtheilhaber selbst überlassen. Es entspricht dem Principe der Selbsthilfe und der gemeinschaftlichen Haftung, daß Diejenigen, denen Risiko und Gewinn gemeinsam sind, auch die Träger und Leiter des ganzen Unternehmens seien, und daß die Gebarung selbst mit möglichster Publizität im Sinne und Interesse seiner Theilhaber geführt werde. Dadurch wird das gegenseitige Vertrauen gehoben, die Last der Haftung erleichtert, der Kredit gefördert.

Die autonome Verwaltung des Konfortiums wird theils durch den gewählten Lokalausschuß, theils u. z. in allen wichtigeren Angelegenheiten, durch die Konfortialversammlung der Theilhaber ausgeübt. Dort, wo sich schon früher und zu anderen Vereinszwecken ein Lokalausschuß konstituiert hat, und die Bildung eines Vorschußkonfortiums erst später erfolgt, muß der Lokalausschuß, wenn sich dessen Mitglieder nicht zugleich dem Konfortium anschließen, was wohl im Interesse desselben und des allgemeinen Vertrauens am meisten zu wünschen wäre, durch von den Theilhabern des Konfortiums gewählte Mitglieder ergänzt werden, da sich nur diejenigen Mitglieder des Lokalausschusses an der Leitung und Gebarung der Vorschußgeschäfte entscheidend betheiligen können, welche selbst Theilhaber, daher unmittelbar an den Gebarungsergebnissen interessiert sind.

Die Aufnahme der Theilhaber, die Einhebung der Antheilseinlagen, die Verwaltung des Betriebsfondes, die Ertheilung der Vorschüsse, die Bestimmung des Zinsfußes, die Beurtheilung des Personalkredites u. s. w. sind dem autonomen Wirkungskreise der Lokalausschüsse respektive Konfortien anheimgestellt. Sie handeln in allen diesen Beziehungen, welche wohl die Hauptgeschäfte der Vorschußabtheilung umfassen, vollkommen selbstständig und werden in ihrer Wirksamkeit nur durch die Statuten und die gemeinsame Geschäftsinstruktion beschränkt.

Nur drei Momente oder Fäden sind es, durch welche die einzelnen Konfortien mit dem Gesamtvereine in organischer Verbindung und statutarischem Zusammenhange stehen, nämlich die Aufnahme und Zuweisung von Darlehen zur Erhöhung der Betriebsfonde — die zu diesem Behufe von den einzelnen Konfortien an die Zentralleitung periodisch einzufendenden Geschäftsübersichten und die Jahresbilanzen — endlich der gemeinschaftliche Reservefond, an welchem jedes Konfortium seinen buchmäßigen Antheil hat.

Es wurde schon oben angedeutet, welche Vortheile dem einzelnen Konfortium aus diesem Zusammenhange mit dem Gesamtvereine — dem gemeinschaftlichen Geldvermittler — erwachsen; diesen Zusammenhang zu erhalten und durch umsichtige sorgsame Gebarung zu kräftigen, liegt im wohlverstandenen Interesse jedes einzelnen Konfortiums. Nach Außen tritt nur der Gesamtverein handelnd und rechtsverbindlich auf; — im inneren Geschäftsbetriebe hingegen waltet selbstständig das Konfortium. Damit sich jedoch der Gesamtverein von der geordneten und umsichtigen Gebarung der einzelnen Konfortien überzeugen und sohin deren Kreditfähigkeit im gegebenen Falle beurtheilen könne, damit er besonders im Anfange auch anregend, aufklärend, berichtigend, rathend in die Geschäftsführung derselben eingreifen vermöge, ist es wieder nothwendig, daß ihm fortlaufend die Einsicht in den Geschäftsstand und die Gebarungsweise jedes Konfortiums ermöglicht werde; daher die monatliche Einsendung summarischer Geschäftsübersichten und nach Jahreschluß der von der Konfortialversammlung geprüften Jahresbilanz.

Bei jedem auf Gegenseitigkeit beruhenden Unternehmen ist die Bildung eines Reservefondes zur Deckung etwaiger Verluste von größter Wichtigkeit; aus dem erzielten Gewinne der Vergangenheit soll vor allem für das Risiko der Zukunft eine Deckung geschaffen werden, und da dieses Risiko bei der Vorschußabtheilung des Beamtenvereines ein doppeltes ist, nämlich jenes des einzelnen Konfortiums innerhalb seines Geschäftskreises und das der ganzen Vereinsabtheilung innerhalb des solidarischen Verbandes sämtlicher Vorschußkonfortien (für die aufgenommenen Darlehen), so erscheint es nur folgerichtig, daß für etwaige Verluste auch eine doppelte Deckung, nämlich durch den speziellen Reservefond jedes Konfortiums und durch den gemeinschaftlichen Reservefond der Vorschußabtheilung im allgemeinen Fond geschaffen werde.

Beide werden durch die Reservirung von mindestens 5 und höchstens 20 pCt. des jährlichen Reinertrages und ersterer außer dem noch durch die einfließenden Konventionalstrafen gebildet.

Ergibt sich am Jahreschlusse bei einem Vorschußkonfortium wirklich ein Verlust, in Folge fahrlässiger Gebarung, Uneinbringlichkeit u. s. w., so wird derselbe zunächst aus der speziellen Reserve des Konfortiums, ist diese erschöpft, aus dem buchmäßigen Antheile dieses Konfortiums am gemeinschaftlichen Reservefond, und wenn auch dieser nicht hinreicht, aus den Antheilseinlagen der Konfortialtheilhaber mittelst Abschreibung respektive Ergänzung bedeckt.

Noch bleibt zu erwähnen, daß der lokalisirte Charakter der Vorschußgeschäfte die Betheiligung des einzelnen Vereinsmitgliedes an der Vorschußabtheilung nur dort möglich macht, wo eben ein Vorschußkonfortium schon besteht, oder gebildet werden kann. Eine zentralisirte Gebarung der Vorschußgeschäfte nach den dargestellten Grundsätzen und eine Vorschußerteilung an die in allen Theilen des Reiches zerstreuten Mitglieder vom Zentrale aus würde, abgesehen von der enormen Geschäftskomplikation, der Natur und dem innersten Wesen der auf Selbsthilfe und Solidarität basirten Vorschußvereine, widersprechen. Auswärtigen Mitgliedern, welche sich an kein Vorschußkonfortium anschließen können oder wollen, könnten die Vortheile des Gesamtvereines in dieser Richtung nur durch Gewährung von Darlehen gegen reelle Deckung, durch Vorschüsse auf Wertheffekten, Pöllizen u. s. w. zugänglich gemacht werden. Die Berechtigung zu solchen Lombardgeschäften wäre im §. 2 der Statuten gegeben; sie könnten entweder vom Verwaltungsrathe von Fall zu Fall eingegangen, oder bei zunehmender Konsolidirung des Vereines auch ständig in den Kreis der Vereinsthätigkeit aufgenommen werden.

Im Vorstehenden ist das Wesen des Vorschußgeschäftes gegeben, wie sich dasselbe der Beamtenverein in seiner Vorschußabtheilung vorgezeichnet hat.

Die Vorschußabtheilung des Beamtenvereines ist in ihren wohlthätigen Wirkungen die Ergänzung der Lebensversicherungsabtheilung. Wie letztere zunächst die Vorsorge für die Zukunft im Auge hat, so soll jene eine rechtzeitige Aushilfe für unvorhergesehene Fälle der Gegenwart bieten. Beide einigen sich in dem Ziele der

wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Beamtenstandes, das von diesem mit der Kraft der Selbsthilfe, mit Umsicht und Beharrlichkeit angestrebt werden soll.

Tagesneuigkeiten.

Se. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 29. v. M. eine Ermäßigung der Bergwerksabgaben zu genehmigen geruht. Nach dieser kaiserlichen Verordnung wird vom 1. Juli d. J. an 1. die Freischurfgebühr von jährlich 20 fl. für jeden Freischurf auf jährlich 4 fl. herabgesetzt und zugleich gestattet, daß die bestehende Ministerial-Verordnung vom 30. September 1859, betreffend die Zulässigkeit der Ermäßigung der Bergwerksmaßegebühr in gleich rücksichtswürdigen Fällen auch auf die Freischurfgebühr Anwendung finde; 2. wird die mit den Ministerial-Verordnungen vom 4. Oktober 1854 und 2ten September 1858 für jedes einfache Bergwerksmaß mit dem Betrage von 6 fl. 30 kr. ö. W. festgesetzte Maßegebühr vom zweiten Semester 1866 an auf den Betrag jährlich 4 fl. ermäßigt; 3. wird die nach dem Besche vom 28ten April 1863 vom Bergbau in verkleinerten Bergwerksmaßen zu entrichtende Einkommensteuer bezüglich des Ausmaßes der einfachen ordentlichen Gebühr vom Reineinkommen der Eisen- und Bleibergwerke für die Zeit vom 1. Jänner 1866 bis Ende Dezember 1870 von 5 auf 3 Prozent des steuerbaren Reinertrages ermäßigt; 4. hat die Bemessung der Einkommensteuer vom Bergbau überhaupt künftig auf Grundlage des Reinertrages in dem Jahre der Steuerbemessung unmittelbar vorausgegangenen Jahre zu erfolgen

Die Bezirksvertretung von Wodniau (Böhmen) beschloß in ihrer am 22. d. M. stattgehabten Sitzung einstimmig, Sr. Majestät dem Kaiser für die gnädige Erlassung des Manifestes vom 20. September 1865 den allunterthänigsten Dank abzulassen, gleichzeitig aber auch Sr. Erzellenz dem Herrn Staatsminister Grafen Richard Belcredi eine Adresse des unbegrenzten Vertrauens einzusenden. Durch Verfügung des Staatsministeriums ist die hohere Handelsschule in Prag ermächtigt worden, mit Rücksicht auf ihren umfassenden Lehrplan, ihre in materieller Beziehung gesicherte Existenz, sowie auf ihre durch nunmehr zehnjährige Wirksamkeit erprobten vorzüglichen Leistungen von nun an den Namen: „Prager Handelsakademie“ zu führen.

15.000 Europäer sollen sich theils bei der Wiener mexikanischen Gesandtschaft, bei dem Generalkonsulat und bei Herrn Oberst Leiser im Laufe der letzten Monate mit Bittgesuchen, Anmeldungen und Anträgen um eine Anstellung in Mexiko und eine freie Ueberfahrt dahin beworben haben.

Die Uebergabe der Lokalpolizei an die Gemeinde in Klagenfurt ist bereits erfolgt.

Das „N. Fröbl.“ schreibt: Im Juli d. J. beginnt der Kampf zwischen den österreichischen und preussischen Schachmeistern Wilhelm Steinitz und Professor Anderssen. Die Schlacht wird auf englischem Boden ausgetragen werden. Der Kampf wurde von österreichischer Seite provozirt. Wir denunziren dies den Herren in der Eichenheimergasse in Frankfurt.

Die „Schleswig-Holstein'sche Zeitung“ meldet: Ungefähr 200 in Hamburg konditionirende Ungarn beschloßen, als Freiwillige in den österreichischen Kriegsdienst zu treten.

Lokales.

Heute Nachmittags 5 Uhr findet eine Sitzung des Gemeinderathes statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Vortrag des Magistrates, die Ausschreibung der Gemeinderathswahlen betreffend; 2. Vorträge der III. Sektion: a. wegen Ordnung des städtischen Archives; b. über die Buchdruckerrechnung pro 1865; c. über ein Gesuch um Befreiung von der Pflastermauth; 3. Vortrag der IV. Sektion wegen Erlassung einiger Kauttionen von der Oberrealschule; 4. Vortrag der VI. Sektion zur Beseitigung der in den Laibachfluß einmündenden Kloakenkanäle; 5. Vortrag der II. Sektion in der Judenfrage.

Sonntag den 8. d. M. um 7 Uhr Abends veranstaltet Herr Kantor Robert Hornikel in der hiesigen evangelischen Kirche eine kirchlich-musikalische Produktion, deren interessantes Programm wir im Nachstehenden mittheilen: 1. Präludium für die Orgel, komponirt von A. Hesse; 2. Adoramus te Christe, vierstimmiger Chor von Palestrina; 3. Ich weiß, daß mein Erlöser lebt, Arie aus dem Oratorium „Messias“ von Händel; 4. In den Armen dein, fünfstimmige Motette von Melchior Frank, 1628; 5. Adagio für die Orgel von Mendelssohn-Bartholdy; 6. Bleib bei uns, dreistimmiges Lied von M. Hauptmann; 7. Von Gott will ich nicht lassen, fünfstimmiger Choral von Joh. Eccard, 1571; 8. Gloria, achtsimmiger Chor mit Orchester- und Orgelbegleitung von Joh. Seb. Bach. — Da die hiebei eingehenden milden Gaben zur Anschaffung einer neuen Orgel für die evangelische Kirche verwendet werden sollen, so wünschen wir dem schönen Unternehmen einen recht guten Erfolg.

Gestern wurde die Leiche des pensionirten Normal- schuldirektors Herrn Josef Mitsch zur Erde bestattet. Der Verstorbene war bis zum Jahre 1817 als Lehrer an der hiesigen Normalschule eifrig thätig und kam im gedachten Jahre als Normalschuldirektor nach Innsbruck, kehrte jedoch nach seiner Pensionirung wieder nach Laibach zurück, wo er bis an sein Lebensende verblieb. Mitsch war selbst aus-

überdes Mitglied der philharmonischen Gesellschaft in Laibach, die ihn bei seinem Scheiden im Jahre 1817 zum Ehrenmitgliede ernannte. Aus diesem Grunde erwies der Männerchor der philharmonischen Gesellschaft ihrem ältesten Ehrenmitgliede gestern auch die letzte Ehre und sang bei der Einsegnung des Sarges einen feierlichen Leichenchor.

Der Direktor Anton Böllner ist gestern hier angekommen, um den Kontrakt behufs Uebernahme der Theaterdirektion für die kommende Saison mit dem krainischen Landesauschuß abzuschließen.

Herr Albert Kosmatsch wird die Erklärung altägyptischer Umschriften, deren wir lezhin erwähnten, in einer der hiesigen wissenschaftlichen Vereinsmittheilungen veröffentlichen.

Der heutigen Nummer liegt für die hiesigen Abonnenten der Rechenschaftsbericht der Armeninstitutskommission für das Jahr 1865 bei.

(Krankenstand im allgemeinen Krankenhause im Monate März 1866.) Am Schlusse des Monates Februar sind in der Behandlung geblieben 298 Kranke, 142 Männer und 156 Weiber. Zugewachsen sind im Monate März 1866: 144 Kranke, 74 Männer, 70 Weiber. Behandelt wurden 442 Kranke, 216 Männer und 226 Weiber. Entlassen wurden 139 Personen, 67 Männer und 72 Weiber, gestorben sind 5 Männer und 6 Weiber, so verblieben in der Behandlung 292 Kranke, 144 Männer und 144 Weiber.

Eingefendet.

Worte des Dankes.

Mein Gatte, der I. I. Militärrechnungsoffizial Peter Skatic, ist dem ersten allgemeinen Beamtenvereine bei seiner Gründung als Mitglied beigetreten und hat durch einen monatlichen Erlag von 2 fl. 90 kr. das Kapital von 500 fl. auf seinen Todesfall versichert.

Fünf Monate nach Vertragsabschluss ereilte ihn das unerbittliche Schicksal. Acht Tage nach erfolgter Todesanzeige wurde mir die versicherte Summe von der Vereinsleitung prompt und ohne Abzug ausgezahlt.

Tief fühle ich die Wohlthat der unerwartet raschen Hilfe und halte mich für verpflichtet, dem ersten allgemeinen Beamtenvereine für die präzise Erfüllung seiner Verbindlichkeiten und die wahrhaft kollegiale Theilnahme und Uneigennützigkeit bei der Ordnung meiner Angelegenheiten den verbindlichsten Dank öffentlich auszusprechen und Jedem, dem das Wohl seiner Angehörigen nur theilweise am Herzen liegt, auf diesen so wohlthätig ins Leben gerufenen Verein aufmerksam zu machen. Hermannstadt, im März 1866.

Anna Skatic,
Militärrechnungsoffizials-Witwe.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wien, 4. April. Der Flügeladjutant des Königs von Preußen, Prinz Hohenlohe, ist heute Morgens hier eingetroffen und im Hotel „zum österreichischen Hof“ abgestiegen. Unmittelbar nach seiner Ankunft suchte er um Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser an, welche ihm auch für morgen gewährt wurde.

West, 4. April. Die Mitglieder der Zweinnd- fönzigster-Kommission kommen morgen, 4 Uhr Nachmit- tags, zu einer Berathung zusammen.

Berlin, 4. April. Die „Provinzial-Korrespon- denz“ schreibt: „Die thatsächliche Bedeutung der öster- reichischen Note wird durch den Umstand in hohem Grade beeinträchtigt, daß die Rüstungen Oesterreichs trotzdem ihren Gang weiter gehen, ohne daß die österreichische Regierung sich veranlaßt findet, befriedigendere Erklä- rungen als bisher darüber zu geben. Vor allem wäre zu erwarten, daß die angeblichen freundschaftlichen Ge- sinnungen der kaiserlichen Regierung sich durch die That, das heißt durch eine wahrhaft bundesfreundliche Ver- handlung der gemeinsamen Angelegenheiten, bewähren. Hierzu gibt jene Erklärung leider noch keinen bestimmten Anhalt. Die preussische Regierung wird sich ersten Anzeichen einer friedlichen und bundesfreundlichen Ge- sinnung Oesterreichs gewiß nicht verschließen; in den Maßregeln, welche sie nach langem Zögern und im Bewußtsein ihrer schweren Verantwortung gegenüber den Rüstungen Oesterreichs getroffen hat, wird sie Aende- rungen nicht eher eintreten lassen können, als bis sie volle Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens hat.“

In Bezug auf die Antworten der Bundesregie- rungen auf die preussische Zirkulardepesche schreibt die „Prov.-Korr.“: Die preussische Regierung erkennt in den bisher erhaltenen Antworten nur eine Umgehung des Punktes, um den es sich eigentlich handelt. Diese Ant- worten können sie nur in der Absicht bestärken, eine den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Reform des deutschen Bundes ins Auge zu fassen. — Dasselbe Blatt schreibt weiter: Die preussische Regierung ist weder durch finanzielle noch andere Gründe veranlaßt, eine Aende- rung in den Verhältnissen der Saarbrücker Kohlenwerke in Aussicht zu nehmen; vielmehr hat die preussische Re- gierung stets die Bedeutung der politischen und volks- wirtschaftlichen Gesichtspunkte, welche gegen jede Ver- äußerung der Kohlenwerke sprechen, im vollsten Maße gewürdigt. Alle jene Gerüchte sind das Blendwerk eines Parteitreibens.

Berlin, 4. April. (Pr.) Der österreichische Bot- schafter Graf Karolyi überreichte dem Herrn v. Bis- marck eine Note des Wiener Kabinetts, in welcher dieses

auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte den Vorschlag macht, den zwischen beiden Regierungen ob- waltenden Streitfall vor ein Bundes- Schieds- gericht zu bringen. Die vorläufigen Gegen- Erklä- rungen Bismarcks lassen vermuthen, daß diese Pro- position nicht unbedingt abgelehnt, vielleicht mit einem Gegenvorschlage beantwortet werden dürfte. Man glaubt, die Unterhandlungen zwischen Berlin und Wien werden auf diese Weise wieder in Fluß kommen.

Berlin, 4. April. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: Die österreichische Note stellt sich auf den Art. 11 der Bundesverfassung, selbstverständlich, um den Mittel- staaten angenehm zu erscheinen und sie auf seine Seite zu ziehen. Bei einer etwaigen Abstimmung am Bunde würde eine österreichische Majorität über die preussische Politik beschließen oder ein von Gegnern der preussischen Politik bezüglich der Herzogthümer eingesetzter Gerichts- hof das Urtheil über unsere Stellung in den Herzog- thümern fällen. Erwartet Graf Mensdorff, daß wir auf diese Brücke treten? Wir denken doch nicht.

Berlin, 4. April. (Pr.) Baron Werther wurde gestern angewiesen, die österreichische Note vom 31. März zu beantworten. Preußen bestreitet in der Ant- wort die Anwendbarkeit des Artikels 11 der Bun- desakte. Die geforderte unumwundene Erklärung, ob Preußen den Friedensbruch beabsichtigt oder nicht, wird unter Hinweis auf die österreichischen Rüstungen völlig umgangen.

Karlsruhe, 4. April. Der Wiener Korrespon- dent der „Karlsruher Ztg.“ schreibt unter dem 1. April: Dem Vernehmen nach sei gleichzeitig mit der preu- ßischen Zirkulardepesche an die Bundesregie- rungen eine Zirkulardepesche an die nichtdeutschen Großmächte abgegangen, worin offen die Besorgniß ausgedrückt sei, Preußen werde nach der Lage der Dinge kaum vermeiden können, durch die dem drohenden An- griffe Oesterreichs zuvorkommende Eröffnung der Feind- seligkeiten den Schein der Aggression auf sich zu laden.

Florenz, 4. April. Die Journale dementiren die Gerüchte über militärische Vorbereitungen in Italien. Von einer Truppenkonzentration in Vo- logna oder anderwärts sei nicht die Rede; es finde bloß eine Bewegung mehrerer Regimenter für den gewöhn- lichen Garnisonsdienst statt. — Der König ist in Mail- land eingetroffen.

Paris, 3. April (Abends). Der „Patrie“ zufolge ist Baron Saillard gestern hier eingetroffen und sofort vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten empfangen worden. — „Temps“ dementirt die Nach- richt, daß Graf v. d. Soltz plötzlich nach Berlin abgereist sei.

London, 4. April. (N. Fr. Pr.) Ein Freiwilliger des Londoner irischen Korps wurde zu Brighton, als der Absicht verdächtig, den Prinzen von Wales zu ermorden, festgenommen. Man fand bei ihm zwölf Kugelpatronen.

Brüssel, 4. April. (N. Fr. Pr.) Die „Indepen- dance“ glaubt, der österreichisch-preussische Konflikt sei in die diplomatische Phase eingetreten. Es heißt, die österreichische Note vom 31. März werde von Frank- reich und England gebilligt. Wieder taucht das Gerücht auf, der Kaiser von Rußland habe ein vom Kriege abmahnendes Handschreiben nach Berlin gerichtet. In Paris steht das Erscheinen einer inspirirten Broschüre bevor, die den Titel: „Der österreichisch-preussische Konflikt“ führen und die Bestätigung der französischen Neutralitäts- Absichten, so wie die Aufforderung an Oesterreich enthalten soll, bei seiner Absicht, die Berufung an den Bund zu ergreifen, zu beharren.

St. Petersburg, 4. April. Der Emir v. Bu- chara ersuchte den General Tschernajew um Ein- stellung der Feindseligkeiten mit dem Ver- sprechen, die gefangen gehaltenen russischen Beamten so- fort freizulassen. Tschernajew erwiderte, er werde am Sir-Daria abwarten, ob der Emir sein Versprechen halten werde.

Bukarest, 4. April. (Pr.) Das Wahlkomitee hat die Bojaren Suho, Ghika und Cantacuzeno zu Delegirten gewählt. Einem Berichte des Kriegsmini- sters der provisorischen Regierung zufolge stehen 40.000 Mann und 100 Kanonen bereit, das Land zu verthei- digen und jede fremde Intervention fern zu halten.

Telegraphische Wechselkurse vom 5. April.

5proz. Metalliques 57.80. — 5proz. National-Anlehen 61.90. — Bankaktien 713. — Kreditaktien 136. — 1860er Staatsanlehen 76.60. — Silber 104.50. — London 105.25. — R. I. Dukaten 5.04.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reduziert	Temperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag in Pariser Einheiten
6 U. Mg.	326.55	+ 4.8	windstill	Regen	
5. 2 „ N.	326.58	+ 5.1	N. sehr schw.	Regen	11.33
10 „ Ab.	326.67	+ 4.6	windstill	Regen	

Den ganzen Tag ununterbrochener Regen bis nach 8 Uhr Abends.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Reimayr.